

FDP Bovenden - Jan Risting - Forstweg 3, 37120 Bovenden

An die Fraktionsvorsitzenden von SPD und  
CDU im Gemeinderat Bovenden  
Rathausplatz 1  
37120 Bovenden

## **NKomVG-Änderung verhindern – Vielfalt in kommunalen Vertretungen erhalten**

Bovenden, 29. September 2021

**Jan Risting**  
**Ratsherr**  
**Fraktionsvorsitzender der**  
**FDP-Fraktion**

Forstweg 3  
37120 Bovenden-Lenglern

jan@risting.de  
facebook/jan.risting  
instagram/janristing

Mobil: 01578-0384713

**FDP Flecken Bovenden**

facebook/fdpbovenden  
instagram/fdpbovenden  
[www.fdp-bovenden.de](http://www.fdp-bovenden.de)

Sehr geehrter Herr Dr. Heinze, sehr geehrter Herr Adam,

im Frühjahr hat die Landesregierung eine Novelle des Kommunalverfassungsgesetzes erarbeitet, die unter anderem auch die Verteilung der Sitze in den Fachausschüssen der kommunalen Vertretungen vom bisherigen Verfahren nach Hare-Niemeyer auf das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren umstellen soll. Eine Verabschiedung durch die Mehrheitsfraktionen aus SPD und CDU für das Oktober-Plenum wird allseits erwartet.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie namens der FDP-Fraktion im Bovender Gemeinderat und im Interesse zahlreicher kommunaler Mandatsträger, die bei der Kommunalwahl am 12.09.2021 Mandate errungen haben, bitten, Ihre Parteifreundinnen und -freunde im Niedersächsischen Landtag aufzufordern, von diesem Gesetzgebungsvorhaben Abstand zu nehmen.

Die beabsichtigten Änderungen werden in vielen Fällen dazu führen, dass kleinere Fraktionen und Einzelbewerber in den wichtigen Gremien der politischen Willensbildung nicht mehr stimmberechtigt sind.

Die Vielfalt der gewählten Vertreterinnen und Vertreter bildet nichts anderes ab als die Vielfalt der Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger. Und sie alle haben das Recht, an politischen Entscheidungen mitzuwirken.

Die Landesregierung möchte, dass die „Ausschussarbeit durch eine Bündelung des Meinungs- und Entscheidungsprozesses und Straffung der inhaltlichen Befassung effektiver“ wird, wie Sie auf eine Anfrage aus der FDP-Landtagsfraktion unlängst geantwortet hat. Wo und inwieweit es diese angeblichen Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung in den Fachausschüssen denn überhaupt gibt, konnte die Landesregierung bislang jedoch nicht aufzeigen. Dies bringt uns zu der Annahme, dass dieses Argument eher vorgeschoben zu sein scheint und die Festigung des Einflusses der größeren Parteien in den kommunalen Vertretungen der wahre Grund für das Vorhaben ist.

Auch um diesem Eindruck entgegenzuwirken und um dem Wählerwillen nicht zwischen einer Wahl und der sich daraus ergebenden Ausschussbildung die Geschäftsgrundlage zu entziehen, sollte dieser Gesetzentwurf nicht mit der Mehrheit der profitierenden Parteien verabschiedet werden. Nach unserer Überzeugung sind unterschiedliche Meinungen und intensive Diskussionen die Grundlage des demokratischen Willensbildungsprozesses und keine lästige Zeitverschwendung. Daher möchten wir Sie eindringlich darum bitten, sich innerparteilich dafür auszusprechen, diesen Gesetzentwurf in diesem Punkt nicht weiter zu verfolgen.

Mit freundlichen Grüßen



Jan Risting  
(Ratsherr; Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion)



Constanze Kohn  
(Ratsfrau; stellv. Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion)